

60. Europaministerkonferenz der deutschen Länder

am 6./7. November 2012 in Potsdam

TOP 7 Europäische Energie- und Klimapolitik

Berichterstatter: Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen über die Stresstests von Kernkraftwerken, den Ausbau der Energienetze in Europa und die Europäische Klimapolitik zur Kenntnis.

Stresstests von Kernkraftwerken

2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verweisen auf die hohe Bedeutung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und der Initiative der Europäischen Kommission. Sie begrüßen, dass nunmehr die Ergebnisse der Stresstests kerntechnischer Anlagen europaweit vorliegen.
3. Sie halten wegen der grenzüberschreitenden Auswirkungen von Störfällen und Reaktorunglücken, aber auch in geringerem Maße von Störfällen bestimmter Größenordnung, höchste Sicherheitsstandards in Europa für erforderlich. Deswegen und aus Gründen der Glaubwürdigkeit müssen trotz der in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hohen Sicherheitsstandards auch in Deutschland die festgestellten Lücken geschlossen und die vorgeschlagenen weiteren Verbesserungen und Optimierungspotenziale bei den sicherheitstechnischen Merkmalen ernst genommen und realisiert werden.
4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind wie die Europäische Kommission der Ansicht, dass die nationalen Aktionspläne zur Verbesserung der

kerntechnischen Sicherheit einschließlich der Zeitpläne für die Umsetzung bis zum Jahresende 2012 aufgestellt und veröffentlicht werden sollen und dass die Umsetzung ebenfalls mit der Methode der gegenseitigen Überprüfung („Peer Review“) kontrolliert werden soll. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz fordern die Bundesregierung auf, sich für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission europaweit einzusetzen.

5. Den Mitgliedern der Europaministerkonferenz ist bewusst, dass die Stresstests aus Anlass der Katastrophe von Fukushima auf Naturkatastrophen fokussiert waren. Dennoch halten sie eine Erweiterung der Stresstests auf menschlich verursachte Gefährdungspotentiale wie Terrorakte und Flugzeugabstürze für dringend erforderlich. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verweisen insofern auf ihren Beschluss vom 26. Mai 2011, stellen jedoch fest, dass die von Menschen verursachten Risiken wie Flugzeugabstürze und Explosionen in der Nähe von Kernkraftwerken zwar nicht in der erwarteten Weise, sondern mittelbar in die Stresstest einbezogen wurden.
6. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz halten es darüber hinaus für notwendig, dass verbindliche, einheitliche Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau in der Europäischen Union geschaffen werden. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz begrüßen deshalb die Ankündigung der Überarbeitung der Richtlinie für nukleare Sicherheit. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verweisen insofern auch auf ihren Beschluss vom 2./3. November 2011.
7. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind der Ansicht, dass es in der Logik der deutschen Energiewende liegt, in Europa einen Diskurs über die zukünftige Rolle der Kernenergie zu führen. Der Diskurs muss mittel- und langfristig angelegt sein und mit Rücksicht darauf erfolgen, dass die Entscheidung über den Energiemix eine nationale Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist und bleiben muss.

Ausbau der Energienetze in Europa

8. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz halten es für unerlässlich, die Stromversorgung Europas grenzüberschreitend sicherzustellen und die Voraussetzung für die Einspeisung eines höheren Anteils an erneuerbaren

Energien in die Netze, insbesondere aus Wind und Sonne, aus zentralen, wie zunehmend auch aus dezentralen Quellen, zu schaffen. Die erneuerbaren Energien sollen als tragende Säule der Energieversorgung auch in Europa eingebunden werden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Energie bezahlbar bleiben und bei der Entwicklung erneuerbarer Energieträger der Gesichtspunkt der Kosteneffizienz beachtet werden muss.

9. Auch zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“, die im Rahmen des EU-Kernziels Klimawandel und Energie eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes von 20 % gegenüber dem Stand von 1990, eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20 % sowie einen Anstieg der Energieeffizienz um 20 % beinhaltet, halten die Mitglieder der Europaministerkonferenz einen funktionierenden Energiebinnenmarkt sowie den Ausbau der europäischen Energieinfrastruktur (Netze, Speicherkapazitäten, Infrastruktur für alternative Kraftstoffe) und der technologischen Innovationen für erforderlich. Hierbei sind auch die Standorterfordernisse der stromintensiven Wirtschaftszweige zu beachten.
10. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz betrachten die Stromnetze als Schlüsselfaktor für die stärkere Aufnahme Erneuerbarer Energien. Hierzu ist insbesondere beim Netzausbau eine verstärkte EU-weite Kooperation notwendig. Es müssen immer mehr Windparks im Norden mit den Verbrauchszentren vornehmlich im Süden der Republik verbunden sein. Wasserkraftanlagen in Skandinavien, die verlässlichen Strom aus erneuerbaren Energiequellen liefern, sollen in der Zukunft einer emissionsfreien Stromversorgung auch die südlichen Nachbarn beliefern. Neben dem Netzausbau ist die Speicherung erneuerbarer Energien ein weiterer zentraler Punkt einer sicheren Stromversorgung.
11. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind der Auffassung, dass auch eine Evaluation und Stärkung bestehender Finanzierungsinstrumente erforderlich ist. Sie erinnern daran, dass der notwendig erkannte Energieinfrastrukturausbau in erster Linie eine Frage der Unternehmen ist. Bei der Auswahl der zu finanzierenden Vorhaben sollte ein strenger Maßstab angelegt werden.